

# Deinetwegen. Österreich. Das Wahlprogramm des BZÖ.

Am 28. September:  
BZÖ - Liste Jörg Haider 



**„Deinetwegen. Österreich. hat das BZÖ das vorliegende Wahlprogramm mit dem Ziel entwickelt, dieses Land wieder nach vorne zu bringen. Das Kärntner Modell ist hierfür Vorbild und Richtschnur.“**



Landeshauptmann Jörg Haider  
BZÖ-Bündnisobmann und Spitzenkandidat

## Inhaltsverzeichnis

1. Sparen ja, aber am richtigen Fleck	Seite 5
2. Kampf gegen die Teuerung	Seite 6
3. Den sozialen Weg gehen	Seite 8
4. Österreich den Österreichern	Seite 10
5. Den Mittelstand entlasten	Seite 12
6. Gerechtigkeit für die ältere Generation	Seite 15
7. Jedem Kind und Jugendlichen die gleichen Chancen	Seite 16
8. Mehr Sicherheit schaffen	Seite 17
9. Schutz unserer Heimat	Seite 18
10. Nie wieder Rot-Schwarz	Seite 19

# 1. Sparen ja, aber am richtigen Fleck

## 1.1. Verwaltungs- und Bürokatireform.

Der vom BZÖ eingeschlagene Weg des Bürokatieabbaus und einer umfassenden Staats- und Verwaltungsreform muss fortgesetzt werden. Durch eine auf sämtlichen Ebenen vereinfachte, gestraffte und entrümpelte staatliche Verwaltung, vor allem aber durch die Zusammenlegung der über 20 Sozialversicherungsanstalten und einen radikalen Abbau von Bürokatie, Proporz und Privilegien in den Pensionsversicherungsanstalten, womit sich bis zu 5 Milliarden Euro an Steuergeld einsparen lassen. Enorm viel Geld, um Familien, Einkommensschwache und Pensionisten zu entlasten.

## 1.2. Keine Gehaltserhöhung für Politiker.

In Zeiten, in denen sich durch die Teuerung immer weniger Menschen das tägliche Leben leisten können, die Inflation die Einkommen auffrisst und Pensionisten mit Anpassungen von 1,7 Prozent abgespeist werden, ist es ein glatter Hohn, dass nach dem Politikerbezügegesetz die Politikergehälter heuer um über drei Prozent angehoben wurden! Als einzige Partei hat das BZÖ auf diese Erhöhung der Politikergehälter nicht zugegriffen, sondern dieses Geld nachweislich sozialen Zwecken gespendet. In Kärnten sind Gehaltserhöhungen für Politiker überhaupt seit Jahren ausgesetzt. Diesem Vorbild soll ganz Österreich folgen und auf die Erhöhung der Politikergehälter verzichten.

## 1.3. Weniger und schlankere politische Gremien, mehr politische Effizienz und Leistung.

Als kleines Land leisten wir uns zu große politische Gremien und zu viele Entscheidungsinstanzen. Daher sollen Nationalrat, Bundesregierung, Landesregierungen und Landtage halbiert, der Bundesrat und die Landesschulräte überhaupt abgeschafft und so 100 Millionen Euro Steuergeld gespart werden. Parallel sind Leistung und Effizienz in der Politik durch die Abschaffung der parlamentarischen Sommerpause, mehr Plenartage und geregelte Redezeiten im Parlament zu steigern.

## 1.4. Spekulationssteuer auf Finanzspekulationen und Strafsteuer für Mineralölkonzerne.

Sparen ja, aber am richtigen Fleck heißt auch, nicht dort zu sparen wo es darum geht, völlig neue Wege für eine gerechte Verteilung des Wohlstandes zu gehen. Dazu gehört für das BZÖ die Einführung einer Strafsteuer für Mineralölkonzerne, der so genannten „Robin Hood Steuer“, die nach dem Vorbild von Italien und Portugal, welche aus dieser Steuereinnahmen von vier Milliarden Euro lukrieren, auf die enormen Zusatzgewinne der Mineralölkonzerne dann zum Tragen kommt, wenn der Rohölpreis eine bestimmte Höhe übersteigt. Das BZÖ spricht sich aber auch für die Einführung einer Spekulationssteuer für FinanzspekulantInnen aus, die durch ihre Zockereien Milliarden verdienen, ohne dafür auch nur einen Cent Steuer zu zahlen und dabei das Gefüge der Weltwirtschaft ins Wanken bringen.

## 2. Kampf gegen die Teuerung

### 2.1. Senkung der Steuern auf Grundnahrungsmittel, Medikamente und Mieten.

Die Teuerung ist zu einer unerträglichen Belastung für uns alle geworden. Lebensmittel sind teuer wie nie, Mieten unerschwinglich geworden und auch die Kosten für Medikamente steigen unaufhörlich. Alleine die Teuerung bei Lebensmitteln, Mieten und Medikamenten macht für eine durchschnittliche Familie über 500 Euro pro Jahr oder nach alter Währung fast 7000 Schilling aus! Um die Österreicherinnen und Österreicher zu entlasten, spricht sich das BZÖ für eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Medikamente und Mieten aus.

### 2.2. Amtlicher Preisstopp und Preisregelung für Diesel und Benzin.

Er steigt. Und steigt. Und steigt. Der Spritpreis in Österreich. So stark, dass Autofahren zum Luxus wird. So schnell, dass die Mineralölkonzerne gar nicht mehr nachkommen mit dem Geld scheffeln! Und was macht die rot-schwarze Bundesregierung? Sie schaut tatenlos zu und kassiert über erhöhte Steuern kräftig mit! Das BZÖ fordert Gegenmaßnahmen und tritt nach dem Vorbild von Luxemburg und Slowenien für eine amtlichen Preisstopp und eine Preisregelung bei Diesel und Benzin ein. Die gesetzliche Handhabe dafür ist durch das Preisgesetz vorhanden und muss nur genutzt werden.

### 2.3. Senkung der Mineralölsteuer.

Die Hälfte des Benzin- und Dieselpreises besteht ausschließlich aus Steuern. Die Steuereinnahmen aus Sprit sind bereits auf sechs Milliarden Euro gestiegen! Und durch die von SPÖ und ÖVP beschlossene Erhöhung der Mineralölsteuer kassiert der Finanzminister noch einmal 800 Millionen Euro von den Autofahrern ab. Für einen Pendler, der täglich von Wien nach Eisenstadt pendelt, bedeutet das eine Zusatzbelastung von 800 Euro. Das BZÖ spricht sich für eine sofortige Senkung der Mineralölsteuer aus, um jenen zu helfen, die auf das Auto angewiesen sind.

### 2.4. Rücknahme der Steuererhöhung auf Heizöl.

Vor einem Jahr hat die Füllung eines 3.000-Liter-Heizöltanks (durchschnittliches Einfamilienhaus) 1.950 Euro gekostet, heute kostet die gleiche Füllung 2.910 Euro und damit fast doppelt so viel, was Kleinverdiener, Familien und Pensionisten noch einmal belastet. Diese Steuererhöhung muss rückgängig gemacht werden – denn schon jetzt können sich rund 300.000 Haushalte das Heizen nicht mehr leisten!

## 2.5. Billigdieseltankstellen nach Kärntner Vorbild.

Landeshauptmann Jörg Haider hat die Kärntner Landestankstellen geöffnet, um Billigdiesel an die Autofahrer abgeben zu können. Damit kann jeder Autofahrer durchschnittlich fünf Euro pro Tankfüllung sparen! Der ÖAMTC bestätigt die Wirkung dieser Initiative: „Die Öffnung der Landestankstellen in Kärnten hat dazu beigetragen, dass auch an den anderen Tankstellen die Dieselpreise gesunken sind. Im Kärntendurchschnitt kostet Diesel 1,340 Euro. In Gesamtösterreich zahlt man dafür im Schnitt 1,372 Euro. In Kärnten kommt der verstärkte Wettbewerb somit allen Konsumenten zugute. Die Landestankstellen mit ihrem günstigeren Dieselpreis sind eindeutig der Hecht im Karpfenteich und wirken sich positiv auf den Dieselpreis in ganz Kärnten aus.“ Dem Vorbild Kärntens folgend, gehören sämtliche Tankstellen in Landes- und Bundesbesitz für die Bevölkerung geöffnet, um Billigsprit abzugeben.

## 2.6. Teuerungsausgleich nach Kärntner Vorbild.

Landeshauptmann Jörg Haider hat in Kärnten einen Teuerungsausgleich eingeführt. Rund 45.000 Kärntnerinnen und Kärntner profitieren davon. Die Bundes-SPÖ hat diesen Teuerungsausgleich von Landeshauptmann Jörg Haider kopiert und dessen bundesweite Einführung versprochen! Gehalten hat sie es nicht. Bis heute gibt es keinen Teuerungsausgleich in Österreich! Einkommensschwache, Familien und Pensionisten aber brauchen einen solchen, weswegen das BZÖ die Einführung eines Teuerungsausgleiches nach Kärntner Vorbild in ganz Österreich in Höhe von 200 Euro vorhat.

## 2.7. Abkommen für Preisstabilität und Preisstopp bei Strom und Gas.

Bereits im Oktober dieses Jahres droht der Gaspreis um mindestens 30 Prozent zu steigen und auch Strom wird immer teurer, weil die Energiekonzerne Preiserhöhungen sofort an die Konsumenten weitergeben, Preissenkungen hingegen nicht. Das BZÖ spricht sich gegen weitere Preiserhöhungen bei Strom und Gas aus. In Kärnten hat Landeshauptmann Jörg Haider die Energiegesellschaft des Landes (KELAG) dazu verpflichtet, den Gaspreis und den Strompreis nicht zu erhöhen! Die anderen Bundesländer sollen diesem Beispiel folgen, auf ihre Gewinne aus den Energiegesellschaften verzichten, damit im Gegenzug Gaspreis und Strompreis für die Bevölkerung nicht erhöht werden! Zur Wahrung der Preisstabilität ist zudem ein Abkommen zwischen Energiewirtschaft, Gebietskörperschaften und der Wirtschaft zu treffen, um den stetigen Anstieg der Energiekosten zu hemmen.

## 3. Den sozialen Weg gehen

### 3.1. Arbeit schaffen.

Die sozialste Maßnahme, die es gibt, ist Arbeit und damit Einkommen zu schaffen. Umso wichtiger ist es, der drohenden Konjunkturflaute gegenzusteuern und einen einhergehenden Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Durch

- ein Konjunkturprogramm von Bund und Ländern zur Förderung von Investitionen der mittelständischen Wirtschaft unter Bedingung der Neuschaffung von Arbeitsplätzen.
- eine Arbeitsplatzprämie auf 2 Jahre für jene der 110.000 Ein-Mann-Betriebe in Österreich, die neue Mitarbeiter anstellen. Damit könnten binnen kürzester Zeit zehntausende neue Arbeitsplätze geschaffen werden.
- ein praxisorientiertes Umschulungsprogramm für den Pflegebereich, um Arbeitsplätze in Österreich zu schaffen und zugleich die Zahl der illegalen ausländischen Pflegekräfte zu reduzieren
- ein Infrastrukturpaket zur Erhöhung der Standort-Attraktivität und Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft. Finanziert durch die Goldreserven der Nationalbank.

### 3.2. Mindestlohn von 1.000 Euro netto.

Arbeit darf nicht arm machen und Leistung muss sich wieder lohnen. Es ist nicht gerecht, dass SPÖ und ÖVP Arbeitslosen eine Mindestsicherung von 717 Euro netto zahlen wollen, zugleich aber der Mindestlohn nur 849 Euro NETTO beträgt. Denn das bedeutet, dass Arbeit in Österreich nur mehr 132 Euro wert ist! Das BZÖ steht für faire Löhne und Gehälter und dafür, dass Leistung auch belohnt wird. Das BZÖ fordert daher einen echten Mindestlohn in der Höhe von 1.000 Euro netto (das sind 1.300 Euro brutto) für alle Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse und auch für jene Branchen, die derzeit noch über keinen kollektivvertraglichen Mindestlohn verfügen.

### 3.3. Müttergehalt von 1.000 Euro.

Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft. Es wird aber den Österreicherinnen und Österreichern immer schwerer gemacht, eine Familie zu gründen, zu erhalten und Familie überhaupt zu leben. Das BZÖ ist eine Familienpartei, will Familien schützen, unterstützen und fördern. Das BZÖ will das von ihm eingeführte Kindergeld zu einem Müttergehalt von 1.000 Euro für all jene Mütter ausbauen, die sich voll und ganz der Erziehung ihrer Kinder widmen wollen. Das Müttergehalt soll bis zum dritten Lebensjahr des Kindes gewährt werden.

### **3.4. Abschaffung der Zuverdienstgrenze beim Kindergeld und steuerliche Absetzbarkeit der Kinderkosten.**

Das BZÖ sagt: Familien helfen, nicht bestrafen und die Wahlfreiheit für Frauen sicherstellen. Um dies zu schaffen ist für Frauen, die trotz Familie berufstätig sein wollen, die Abschaffung der unsozialen Zuverdienstgrenze beim Kindergeld notwendig. Familien gehören zudem durch die steuerliche Absetzbarkeit der Kinderkosten entlastet.

### **3.5. Gesundheitsversorgung sichern.**

Jeder Österreicher hat ein Recht auf die bestmögliche medizinische Versorgung! Es muss im System und darf nicht beim Patienten gespart werden. Dafür ist eine umfassende Struktur- und Verwaltungsreform des österreichischen Gesundheitssystems notwendig. Durch eine Zusammenlegung der über 20 Sozialversicherungsanstalten und der Beseitigung von Proporz, Postenschacher und Funktionärsmisswirtschaft sowie einer Straffung der Finanzstrukturen und dem Abbau von Bürokratie im Gesundheitswesen. Das Einsparvolumen beträgt rund 2,9 Milliarden Euro! Geld, das für die Versorgung der Patienten mit der besten Medizin vorhanden wäre!

### **3.6. Heizkostenzuschuss und Wohnbeihilfe erhöhen.**

Den sozialen Weg gehen heißt auch, Leistungen wie Heizkostenzuschüsse und Wohnbeihilfen zu erhöhen, um Armut zu verhindern und zu bekämpfen! Das BZÖ spricht sich folglich für die Verdoppelung der Heizkostenzuschüsse in ganz Österreich aus, indem sich der Bund an der Finanzierung der Heizkostenzuschüsse zu 50 Prozent beteiligt. Auch eine kräftige Erhöhung der Wohnbeihilfe, wie es Kärnten mit bis zu 170 Euro bereits getan hat, ist in ganz Österreich notwendig.

## 4. Österreich den Österreichern

### 4.1. Ausländische Straftäter abschieben.

Wer als Gast zu uns kommt, der hat sich auch wie ein Gast zu benehmen. Wer das nicht kann, der hat sein Gastrecht verwirkt und gehört sofort abgeschoben. Laut Kriminalstatistik sind rund 30 Prozent aller Asylwerber kriminell, weswegen das BZÖ für die konsequente und sofortige Abschiebung von kriminellen Asylwerbern und ausländischen Straftätern eintritt.

### 4.2. Österreich ist kein Einwanderungsland.

Österreich ist und bleibt kein Einwanderungsland. Daher ist der vom BZÖ eingeschlagene strenge Ausländerkurs beizubehalten und fortzusetzen. Asylverfahren gehören über den Asylgerichtshof schneller abgewickelt und Asylwerber aus sicheren Drittstaaten auf Basis des Dublin-Abkommens sofort abgeschoben. Das BZÖ ist zudem für die Einführung einer „Green Card“ mit einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild, damit nur die zu uns kommen, die wir auch wollen. Wer zu uns kommt, hat zudem unsere Sprache zu lernen und sich unserer Kultur anzupassen. Maßnahmen zur Integration von Ausländern sind verstärkt zu setzen. Wer als ausländischer Staatsbürger seinen Arbeitsplatz verliert, soll nach einem Jahr Arbeitslosigkeit seine Aufenthaltsgenehmigung verlieren und abgeschoben werden.

### 4.3. Bauverbot für Moscheen und Minarette.

„Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“ Dieser Satz stammt vom türkischen Politiker Erdogan und dokumentiert eindrucksvoll, dass Maßnahmen gegen die schleichende Islamisierung dringend notwendig sind und wir unsere Leitkultur schützen müssen. Wie in Kärnten soll daher österreichweit ein Bauverbot für Moscheen und Minarette eingeführt werden.

### 4.4. Verbot der Ganzkörperverschleierung.

Neben einem Bauverbot für Moscheen und Minarette fordert das BZÖ als weiteren Schritt ein Verbot für die islamische Ganzkörperverschleierung. Das als liberal bekannte Holland hat durch ein allgemeines Vermummungsverbot einen verfassungskonformen Weg gefunden, ein Verbot für das Tragen der Burqua (=islamische Ganzkörperverschleierung) durchzusetzen. Österreich soll diesem Weg folgen.

## 4.5. Maximal 30 Prozent Ausländeranteil an Schulen.

Österreich den Österreichern heißt für uns auch, dass die schulische Entwicklung unserer Kinder nicht durch einen zu hohen Ausländeranteil an unseren Schulen behindert werden darf. Der Anteil von ausländischen Kindern darf daher maximal 30 Prozent pro Schulklasse betragen. Migrantenkinder haben vor Schuleintritt unsere deutsche Sprache zu erlernen und durch einen verpflichtenden Sprachtest nachzuweisen, dass sie diese auch beherrschen.

## 5. Den Mittelstand entlasten

### 5.1. Steuersenkung jetzt.

Das BZÖ hat eine sofort umsetzbare Steuersenkung entwickelt, um die Österreicherinnen und Österreicher zu entlasten, die Kaufkraft zu stärken, die Binnenkonjunktur anzukurbeln und die kalte Progression abzufedern. Konkret durch eine einfache, unbürokratische, aber sehr effiziente Anpassung der Steuerstufen: Schon ab 2009 soll das steuerfreie Einkommen von 10.000 Euro auf 15.000 Euro angehoben werden, womit Kleinverdiener mit einem Jahresbruttoeinkommen bis 15.000 Euro überhaupt keine Einkommenssteuer mehr zahlen. Auch der Mittelstand soll entlastet werden, indem der Durchschnittssteuersatz von 23 Prozent auf Jahresbruttoeinkommen bis 30.000 Euro (statt wie bisher bis 25.000 Euro) und der Durchschnittssteuersatz von 33,5 Prozent auf Jahreseinkommen bis 56.000 Euro (statt wie bisher bis 51.000 Euro) ausgeweitet wird. Schließlich kommt auch der Spitzensteuersatz von 50 Prozent in Hinkunft erst ab 56.000 Euro Jahresbruttoeinkommen zum Tragen. Die Folge: Kleinverdiener und der Mittelstand werden um bis zu 2.500 Euro pro Jahr entlastet!

Was die Steuersenkung des BZÖ dem Einzelnen konkret bringt:

	Jahreseinkommen brutto	Steuerersparnis pro Jahr	Steuerersparnis in Prozent
Verkäufer/in	14.000,00	1.533,00	100%
Arbeiter/in	21.000,00	1.917,00	45%
Buchhalter/in	42.000,00	2.180,00	17%
Abteilungsleiter/in	63.000,00	2.500,00	11%
Direktor/in	280.000,00	2.500,00	2%

### 5.2. Mehr Netto vom Brutto durch „Fair Tax“.

Mittel- und längerfristig muss ein grundlegender Umbau unseres Steuersystems in Richtung einer sozialen Flat Tax, der „Fair Tax“, in Angriff genommen werden mit dem Ziel, dass Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge in eine einzige faire und gerechte Abgabe zusammengefasst und die unteren Einkommen durch eine Steuerfreibetragsregelung entlastet werden.

### **5.3. „Business Tax“ für mittelständische Unternehmen.**

Auch die mittelständische Wirtschaft, die mit ihren Unternehmen das Rückgrat unserer Wirtschaft bildet, gehört entlastet. Das BZÖ-Modell: Eine einheitliche Unternehmensbesteuerung – die „Business Tax“ – verbessert die steuerliche Situation des unternehmerischen Mittelstands durch die völlige Gleichstellung aller Unternehmensformen bei einer einheitlichen, maximal 25prozentigen Besteuerung. Hierzu sind die drei betrieblichen Einkunftsarten (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, selbständiger Arbeit und Gewerbebetrieb) zu einer Einkunftsart für Unternehmen zusammenzufassen. Zudem soll für Kleinunternehmen mit einem Jahresumsatz bis 500.000 Euro eine geringere und vereinfachte Besteuerung in Form einer einzigen Steuerpflicht, nämlich lediglich eines dreiprozentigen Zuschlags zur Umsatzsteuer, erfolgen.

### **5.4. Aufhebung von Basel II.**

Die Basel II Richtlinie der EU hemmt Investitionen und zerstört die Wirtschaft. Sie gehört sofort aufgehoben, um der investitionsbereiten mittelständischen Wirtschaft wieder eine Investitionsgrundlage zu geben.

### **5.5. Steuerbonus.**

Der Finanzminister verzeichnet Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe und soll diese direkt in Form eines Steuerbonus für jeden Lohnsteuerpflichtigen von 200 Euro + 50 Euro pro Kind zurückgeben.

### **5.6. Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft.**

Der Mittelstand wird durch die Vielzahl von bestehenden Zwangs- und Mehrfachmitgliedschaften in den Kammern gefesselt. Das BZÖ kämpft darum weiter für ein Ende der Zwangsmitgliedschaft in den Kammern und dafür, dass die Verankerung von Kammern und Gewerkschaften im Verfassungsrang wieder fällt.

### **5.7. Steuerfreiheit für Überstunden.**

Wer mehr leistet, soll auch mehr verdienen. Durch die Steuerfreistellung von bis zu 20 Überstunden pro Monat. 764.000 Österreicherinnen und Österreicher, die jährlich Überstunden leisten, würden mit durchschnittlich 400 Euro pro Jahr von dieser Entlastung profitieren!

### **5.8. Steuerliche Absetzbarkeit der Fahrtkosten.**

Von der Explosion der Spritpreise sind Pendler in besonderem Ausmaß betroffen. Das BZÖ sieht als Entlastungsmaßnahme für Pendler die 100prozentige steuerliche Absetzbarkeit der Fahrtkosten zum und vom Arbeitsplatz durch einen kilometerabhängigen Pendlerabsetzbetrag mit Negativsteuerwirkung vor.

## **5.9. Mitarbeiter am Unternehmensgewinn beteiligen.**

Arbeiter und Angestellte sollen am Erfolg ihres Unternehmens auch teilhaben können. Derzeit ist es genau umgekehrt: Die großen Unternehmen und Konzerne schreiben Rekordgewinne, die Löhne und Gehälter aber stagnieren. Durch den Ausbau von steuerlichen Modellen der Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmensgewinnen soll sich das ändern.

## **5.10. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.**

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist dem BZÖ ein zentrales Anliegen. Das gilt besonders für den Bereich der Einkommen, wo die nach wie vor bestehenden Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern über kollektivvertragliche Festschreibungen, Fördersysteme und degressive Entlastungsmodelle bei den Lohnnebenkosten in der Karenz und Arbeitskräftepools für Zeitarbeitskräfte abgebaut werden müssen.

## **5.11. Steuerliche Absetzbarkeit von Spenden.**

Die Österreicherinnen und Österreicher haben Herz und gehören zu den Spendenweltmeistern. Das gehört belohnt, weswegen sich das BZÖ für die steuerliche Absetzbarkeit von privaten Spenden ausspricht.

## 6. Gerechtigkeit für die ältere Generation

### 6.1. Gerechte Pensionserhöhungen.

Österreichs Pensionistinnen und Pensionisten wurden für das Jahr 2008 von SPÖ und ÖVP mit einer „Pensionserhöhung“ von nur 1,7 Prozent abgespeist, was bei einer Inflation von über 3 Prozent einer Pensionskürzung gleichkommt. Das BZÖ sagt: Gerechte Pensionen durch eine gesetzliche Bindung der Pensionen an den Pensionistenpreisindex und ein Ausgleich der Inflation durch eine Pensionserhöhung von mindestens vier Prozent für das Jahr 2009! Das BZÖ lehnt auch die im rot-schwarzen Regierungsprogramm festgelegte und im Ministerrat beschlossene Pensionsautomatik entschieden ab.

### 6.2. Mütterpension nach Kärntner Vorbild.

In Österreich gibt es 160.000 Mütter über 60 Jahre ohne eigene Pension, weil sie sich ganz der Familie gewidmet und daher keine eigenen Pensionszeiten erworben haben. Das BZÖ nimmt sich dieser „vergessenen“ Mütter an und will nach dem Vorbild Kärntens eine österreichweite Mütterpension in Höhe von 300 Euro (14-mal jährlich) für Mütter über 60 Jahren ohne eigene Pension einführen.

### 6.3. Verlängerung der Hacklerregelung.

40 Jahre für Frauen und 45 Jahre für Männer sind genug! Wer besonders schwer und hart gearbeitet hat soll auch in Zukunft früher und abschlagsfrei in die Pension gehen können! Das BZÖ tritt deswegen für die Verlängerung der Hacklerregelung, die von BZÖ-Sozialministern entwickelt und in Österreich eingeführt wurde, ein.

### 6.4. Pflege fördern und sichern.

Über 170.000 Personen der derzeit 360.000 Pflegegeldbezieher sind älter als 80 Jahre. Aufgrund der demografischen Entwicklung gehen Experten von über 500.000 Pflegebedürftigen in den kommenden Jahren aus. Dieser stark erhöhte Pflegebedarf stellt Gesellschaft und Staat vor gewaltige Aufgaben. Die Pflege der Zukunft muss leistbar, sicher und menschlich sein. Das BZÖ steht daher für die Umsetzung des von ihm entwickelten Pflegemodells, das eine echte Erhöhung des Pflegegelds um 10 Prozent und die jährliche Valorisierung garantiert, die Finanzierung durch einen eigenen Pflegefonds sicherstellt und einen eigenen Lehrberuf Pflege schafft, damit ausreichend heimische Fachkräfte zur Pflege und Betreuung zur Verfügung stehen. Außerdem sollen durch eine bundeseinheitliche Regelung die Regressforderungen an Angehörige von pflegebedürftigen Menschen abgeschafft und die Vermögensgrenze bei der Förderung der Pflege und Betreuung gestrichen werden.

## 7. Jedem Kind und Jugendlichen die gleichen Chancen

### 7.1. Verpflichtendes Gratis-Kindergartenjahr.

Nach dem Vorbild Kärntens soll das letzte Kindergartenjahr vor Schuleintritt für alle Kinder gratis und verpflichtend sein, um den Schuleintritt zu erleichtern und vorhandene Entwicklungsdefizite und Lernschwächen frühzeitig zu erkennen und diesen wirksam begegnen zu können.

### 7.2. Schulstartgeld nach Kärntner Vorbild.

Der Schulbeginn kostet Österreichs Eltern jedes Jahr rund 225 Millionen Euro. Das BZÖ will Eltern und Kinder beim Schulbeginn helfen. Durch ein Schulstartgeld in Höhe von 50 Euro für jedes Kind in der Pflichtschule, wie es in Kärnten unter Landeshauptmann Jörg Haider bereits längst Realität ist.

### 7.3. Gemeinsame Schule der Sechs- bis Fünfzehnjährigen.

Unser Bildungssystem ist völlig veraltet und stammt in seinen Grundstrukturen noch aus der Zeit Maria Theresias. Eine Modernisierung unseres Bildungssystems ist im Sinne unserer Kinder und deren Zukunft dringend erforderlich, ohne dabei aber die Wahlfreiheit für Eltern und Schüler aufzugeben. Das BZÖ tritt für den Ausbau einer Gemeinsamen Schule der Sechs- bis Fünfzehnjährigen bzw. der „Neuen Mittelschule“ ein, wie sie in Kärnten bereits erfolgreich erprobt wird. Diese Schulform steht für mehr Chancengleichheit durch individuelle Förderung der Schüler, eine innere Differenzierung ohne Leistungsgruppen und zeitgemäße, reformpädagogische Unterrichtsmethoden wie Teamteaching.

### 7.4. Lehre fördern und attraktiver machen.

Jeder Jugendliche hat dasselbe Recht auf Ausbildung, Weiterbildung und berufliche Karriere. Auch Lehrlinge! Daher sollen auch Lehrlinge nach Kärntner Vorbild in ganz Österreich die Matura kostenlos machen können, die Studiengebühren für Lehrlinge abgeschafft, der Blum-Bonus wieder eingeführt und das Angebot von technischen Ausbildungen ausgebaut werden, um die Attraktivität von Lehre und Lehrlingsausbildung zu steigern und so den Facharbeitermangel in den Griff zu bekommen.

## 8. Mehr Sicherheit schaffen

### 8.1. Kampf der Kriminalität.

600.000 angezeigte Straftaten pro Jahr, oder fast 70 pro Stunde, sprechen eine deutliche Sprache und zeigen: Es herrscht Handlungsbedarf! Der Kampf gegen die explodierende Kriminalität und die alarmierende Zunahme von Eigentumsdelikten, Autodiebstählen sowie Haus- und Wohnungseinbrüchen kann nicht mit geschönten Kriminalstatistiken gewonnen werden! Insbesondere gegen Drogenkriminalität und organisierte Kriminalität, Kriminal-Tourismus und organisierte Bettelei, Menschenhandel und Schlepperunwesen muss verstärkt vorgegangen werden. Das BZÖ als die Sicherheitspartei Österreichs steht daher für mehr Polizeipräsenz durch mindestens 1000 Polizisten zusätzlich, für härtere Strafen für Kriminelle und gegen einen Sparkurs im Bereich der Exekutive und beim Bundesheer.

### 8.2. Wiedereinführung der Grenzkontrollen.

Die steigende Kriminalität beweist: Schengen ist gescheitert, die Kontrolle der EU-Außengrenzen in den Oststaaten funktioniert überhaupt nicht! Das BZÖ tritt im Sinne der Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher für die Wiedereinführung der Grenzkontrollen an Österreichs Grenzen ein, wie sie während der Fußball-Europameisterschaft bereits erfolgreich und effizient praktiziert wurden.

### 8.3. Kinderschutzpaket.

Die Kinder sind unser größter Schatz. Kinderschänder sind Mörder an den Seelen unserer Kinder! Jährlich werden etwa 1.200 Missbrauchsfälle in Österreich bekannt. Die Dunkelziffer ist laut Experten fast zwanzigmal so hoch! Die Rückfallquote bei Sexualstraftätern liegt bei 50 bis 70 Prozent. Zahlen, die alarmieren und ein umfassendes Kinderschutzpaket erforderlich machen: Mindeststrafen von zehn Jahren für Sexualdelikte und keine vorzeitigen Haftentlassungen. Lebenslang muss lebenslang bleiben! Außerdem: Sofortige Umsetzung eines Berufsverbots für Sexualstraftäter, Einführung einer Sexualstraftäterdatei sowie einer Anzeigenpflicht für Gewalttaten und Sexualstraftaten an Kindern!

### 8.4. Für ein starkes Bundesheer.

Die Welt ist unsicherer geworden. Der internationale islamistische Terror hat längst auch Europa erreicht und durch den Klimawandel nehmen auch in Österreich Naturkatastrophen wie Überschwemmungen zu. Vor diesem Hintergrund sind eine starke Landesverteidigung und ein gut ausgerüstetes Bundesheer unerlässlich. Unser Bundesheer darf nicht kaputtgespart werden, sondern muss finanziell so ausgestattet sein, dass die modernste Ausrüstung und beste Ausbildung sichergestellt ist. Die Schlagkraft des Bundesheeres soll durch ein professionelles Freiwilligenheer mit Milizkomponente erhöht und dafür die Wehrpflicht ausgesetzt werden.

## 9. Schutz unserer Heimat

### 9.1. Volksabstimmung über EU-Verträge und Beitritt der Türkei.

Wir wollen ein Europa der Bürger und kein Europa der Bürokraten. Daher tritt das BZÖ für verpflichtende Volksabstimmungen über EU-Verträge und eine verpflichtende Volksabstimmung über einen EU-Beitritt der Türkei ein. Weil es nicht mehr passieren darf, dass eine in Kärnten durch 15.000 Unterschriften erkämpfte Volksbefragung über den EU-Reformvertrag durch die anderen Parlamentsparteien verhindert wird!

### 9.2. Für ein gentechnikfreies Österreich.

Gentechnisch verändertes Saatgut sollte auf Österreichs Feldern nichts verloren haben! Der Schutz des Menschen hat Vorrang vor den Interessen der Konzerne! Das BZÖ will ein gentechnikfreies Österreich, eine eindeutige Deklaration von gentechnisch veränderten Lebensmitteln aus dem Ausland und fordert auf europäischer Ebene ein verstärktes Engagement Österreichs gegen die Gentechnik.

### 9.3. Nein zur Atomkraft.

Europa und die Welt stehen vor einer Renaissance der Atomkraft. Das BZÖ lehnt solche Bestrebungen entschieden ab und ist gegen die Atomkraft in Österreich und Europa. Vielmehr ist auf europäischer Ebene mehr Einsatz für die Schließung von Atomkraftwerken nahe der österreichischen Grenze erforderlich. Das BZÖ spricht sich in diesem Zusammenhang für eine Völkerrechtsklage gegen Tschechien wegen des Schrott-Reaktors in Temelín aus.

### 9.4. Klimaschutz ist Heimatschutz.

Der Klimawandel gehört zu den größten und schwierigsten Herausforderungen unserer Zeit. Dieser Herausforderung aber müssen wir uns stellen und effiziente Maßnahmen für den Klimaschutz setzen. Dazu gehören ein Klimaschutzgesetz im Verfassungsrang, der Ausbau von Wasserkraft und Biomasse sowie ein gut dotierter Klimafonds, aus dem der Umstieg auf alternative und erneuerbare Energie gefördert wird. Und das mit einer Fördergarantie! Zu diesen Umstiegsmaßnahmen gehört eine „100.000-Dächerinitiative“ für den Bau von Solaranlagen in Privathaushalten. Auch im Verkehr soll dem Klimaschutz durch einen forcierten Umstieg des Individualverkehrs auf den öffentlichen Personennahverkehr nach Vorbild des Kärnten-Taktes Rechnung getragen werden.

### 9.5. Den Bauernstand erhalten.

Unsere Bauern schaffen und sichern nicht nur Arbeitsplätze, sorgen für die Herstellung von Lebensmitteln in höchster Qualität, sie tragen durch die Pflege der Kulturlandschaften auch entscheidend zur Schönheit und Attraktivität unserer österreichischen Heimat bei! Den Bauernstand zu unterstützen und zu erhalten hat daher oberste Priorität. Die EU aber fördert die Agrarindustrie, lässt die Kleinbauern im Stich und gefährdet damit den österreichischen Bauernstand! Wir treten deswegen für eine Renationalisierung der Landwirtschaftsagenden ein und wollen die Rückholung der an Brüssel abgegebenen Kompetenzen im Agrarbereich.

## 10. Nie wieder Rot-Schwarz

SPÖ und ÖVP haben kläglich versagt, stehen für neue Belastungen, eine unsoziale Politik und haben zwei Jahre Streit, Chaos und Stillstand in Österreich zu verantworten. Daher: Nie wieder Rot-Schwarz! Nie wieder große Koalition! Sondern: Ärmel aufkrepeln und anpacken! Das Ziel des BZÖ ist es, eine neuerliche große Koalition unter allen Umständen zu verhindern, aber auch die direkte Demokratie auszubauen. Folglich bekennt sich das BZÖ dazu, in einer Regierung Verantwortung für Österreich zu übernehmen und mehr Mitbestimmung des Volkes durch den Ausbau der direkten Demokratie nach Vorbild der Schweiz zu ermöglichen. Etwa, indem Volksbegehren ab 100.000 Unterschriften eine verpflichtende Volksabstimmung nach sich ziehen.

Impressum und für den Inhalt verantwortlich: Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), Dorotheergasse 7/19-20, 1010 Wien.

**Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)**  
**Dorotheergasse 7/19-20**  
**A-1010 Wien**

**Telefon: (01) 513 28 38**  
**Fax: (01) 513 28 38-9**  
**E-Mail: [office@bzoe.at](mailto:office@bzoe.at)**

